

EMIRATE

Bypass für Ölscheichs



Iranische Militärlübung südlich der Straße von Hormus

ABACA PRESS / ACTION PRESS

Für den Fall eines israelischen Angriffs auf Iran hat das Emirat Abu Dhabi vorgesorgt – mit einer 360 Kilometer langen Rohöl-Pipeline durch Wüste und Gebirge, vom Ölfeld Habschan bis zum Hafen Fudschaira am Golf von Oman. Damit soll eine etwaige Blockade der Meerenge von Hormus durch Teheran unterlaufen werden. „Die Pipeline ist fast fertiggestellt“, sagte Mohammed al-Hamli, der Energieminister der Emirate. Nach etlichen durch das schwierige Terrain bedingten Verzögerungen rechnet er jetzt mit einer Inbetriebnahme bis Juni. Mit einer Tageskapazität von 1,5 Millionen Barrel könnte die von China-

sen gebaute Pipeline zwei Drittel der gesamten Fördermenge des Emirats aufnehmen. Ein Großteil des Öls aus Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und Iran, rund ein Sechstel der Weltproduktion, wird mit Schiffen durch die 54 Kilometer breite Straße von Hormus transportiert. Iran hat wiederholt gedroht, die Meerenge im Krisenfall mit Schnellbooten und Raketen für den Tankerverkehr zu sperren. Das Timing für die Fertigstellung des Projekts ist knapp kalkuliert. Die USA befürchten, dass Israel noch vor der US-Präsidentenwahl im November einen Schlag gegen Nuklearanlagen in Iran ausführen könnte.



200 km
DER SPIEGEL

EUROPA

„Ungarn das Stimmrecht entziehen“



Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, 62, über mögliche EU-Sanktionen gegen die autokratische Politik des ungarischen Premiers Viktor Orbán

SPIEGEL: Die EU-Kommission hat gegen Ungarn wegen Missachtung der EU-Verträge drei Verfahren eingeleitet, reicht das?

Asselborn: Ich begrüße die Schritte der EU-Kommission, aber damit ist es nicht getan. Es geht nicht nur um einzelne Rechtsverstöße, sondern um den antieuropäischen Geist der Politik von Premierminister Orbán.

SPIEGEL: Was kritisieren Sie vor allem?
Asselborn: Orbán verstößt eindeutig gegen Artikel 2 der EU-Verträge, in dem

demokratische Werte des Rechtsstaats wie Freiheit und Pluralismus festgeschrieben sind: Die Medien stehen seit einem Jahr unter der Kontrolle der Regierung. Die freie Meinungsäußerung wurde abgeschafft, die Gewaltenteilung wird missachtet. Unabhängige Richter werden durch regimetreue ersetzt. In diesen Punkten unterscheidet sich Ungarn nicht mehr von einer Diktatur wie der in Weißrussland.

SPIEGEL: Orbán scheint das wenig zu scheren. Die Einschränkung der Frei-



Orbán

heit der Medien vor einem Jahr blieb bislang ohne Konsequenzen.

Asselborn: Das liegt daran, dass vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy damals wie heute indirekt ihre schützende Hand über ihn halten.

SPIEGEL: Nun ist Orbán aber bereit, mit der EU-Kommission bei der Prüfung der Vorwürfe zusammenzuarbeiten.

Asselborn: Die Staats- und Regierungschefs dürfen sich nicht hinter der Kommission verstecken. Wir müssen uns einmischen und dafür sorgen, dass alle 500 Millionen EU-Bürger in Würde, Freiheit und Demokratie leben können. Auch in Ungarn.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Asselborn: Wenn die Staats- und Regierungschefs mit Zustimmung des Europaparlaments schwerwiegende Verstöße gegen die Grundwerte der EU feststellen, kann der Rat einem Mitgliedsland das Stimmrecht entziehen. Aus meiner Sicht hat Orbán längst das Recht verwirkt, als Europäer aufzutreten und abzustimmen.